

N i e d e r s c h r i f t

über die 36. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 26.02.2004
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele anwesend bis einschl. TOP Ö 13., 20:12 Uhr	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion

Richrath, Martin anwesend ab 19:30 Uhr, während TOP Ö 13.	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:08 Uhr

Ende der Sitzung 22:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnissnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2004/0025 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 17.12.2003
- Ö 4. 2004/0003 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Firma Paeschke GmbH, Elisabeth-Selbert-Str. 9, 40764 Langenfeld, vom 01.12.2003
"Änderung der Straßennamen im Bebauungsplangebiet 95 M"
- Ö 5. 2004/0031 Neufassung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Monheim am Rhein'
- Ö 6. 2004/0030 Neufassung der Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 7. 2004/0008 Satzung über eine Veränderungssperre gemäß §§ 14 und 16 BauGB für das Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 91 M (westlich Am Wald) für den Bereich Opladener Straße, Am Wald, östliche Grenze der Grundstücke Marderstraße 2 - 4, Knipprather Wald, westliche Grenze Bebauungsplan Nr. 30 M
- Ö 8. 2004/0001 Bebauungsplan Nr. 99 M (Gewerbegebiet "Am Kielsgraben")
- Satzung über eine Veränderungssperre gemäß §§ 14 und 16 BauGB für den westlichen Teilbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 99 M
- Ö 9. 2004/0006 Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 10. 2004/0012 Bebauungsplan Nr. 30 M (Am Wald) - 1. Änderung
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 11. 2004/0021 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
- Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt -
Teilerschließung 98 M 1. Änderung (Robert-Koch-Straße)

- Ö 12. 2004/0022 Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt für die Kanalbaumaßnahme Frohnkamp zwischen Lindenstraße und Am Steg/Knipprather Straße
- Ö 13. 2004/0019 Public-Private-Partnership - Sanierung - Unterhaltung - Bewirtschaftung der Schulgebäude und der Turn-/Sporthallen
-Einrichtung des Vertragsbeirates / Bestellung der städtischen Vertretung
-Bestellung des/der Vertragsbeauftragten ("Quasigeschäftsführung")
- Ö 14. 2004/0023 Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung 2004, des Haushaltsbuchs 2004 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2004 - 2007
- Ö 15. 2004/0027 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 10.02.2004
"Übersicht Monheimer Einzelhändler"
- Ö 16. 2004/0079 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2004
"Rheinstadion"
- Ö 17. 2004/0085 Antrag der SPD-Fraktion
"Sudhaus der Monheimer Brauerei und Wohngebäude Krummstraße 28 und 32 - Denkmalschutz"
- Ö 18. 2004/0086 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.02.2004
"Zieldifferenzierte integrative Beschulung in der Sekundarstufe"
- Ö 19. Mündliche Mitteilungen
- Ö 20. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 21. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 22. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 23. 2004/0026 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 17.12.2003
- NÖ 24. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 25. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er verweist auf den heute allen Ratsmitgliedern ausgehändigten Antrag der CDU-Fraktion i.S. Rheinstadion. Darüber hinaus liegt der Verwaltung eine schriftliche Anfrage der Fraktion Die Grünen zur zieldifferenzierten integrativen Beschulung in der Sekundarstufe vor. Er schlägt vor, die Tagesordnung um diese beiden Punkte unter lfd. Nr. 16 und 17 zu erweitern.

Die SPD-Fraktion bittet in Anbetracht dessen, dass die Tagesordnung sowieso erweitert werden soll darum, ihren bereits im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen angekündigten Antrag betreffend Denkmalschutz für das Sudhaus der Brauerei und die Häuser Krummstraße 28 und 32, den sie heute ausnahmsweise mündlich stellen werde, ebenfalls noch mit zu beraten.

Der Bürgermeister sieht sachlich hierin keine Probleme, da diese Angelegenheit ohnehin Aufgabe der Unteren Denkmalbehörde und dieser Antrag lediglich als ergänzender Prüfauftrag zu werten sei.

Er empfiehlt die Erweiterung der Tagesordnung um folgende Punkte:

Ö 16. Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2004

Rheinstadion

Ö 17. Antrag der SPD-Fraktion

Sudhaus der Monheimer Brauerei und Wohngebäude Krummstraße 28 und 32 –
Denkmalschutz

Ö 18. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.02.2004

Zieldifferenzierte integrative Beschulung in der Sekundarstufe

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Hiergegen ergeben sich keine Bedenken. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Tagesordnung damit einstimmig erweitert ist.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2004/0025 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 17.12.2003

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 17.12.2003 zur Kenntnis.

**Ö 4. 2004/0003 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Firma Paeschke GmbH, Elisabeth-Selbert-Str. 9, 40764
Langenfeld, vom 01.12.2003
"Änderung der Straßennamen im Bebauungsplangebiet 95 M"**

Aus der CDU-Fraktion wird auf den einstimmigen Beschluss zu den kritisierten Straßenbezeichnungen und die in der damaligen Diskussion bereits vorgenommenen Kürzungen der Namen verwiesen. Sie ist der Meinung, dass man es dabei belassen sollte und stimmt einer Änderung nicht zu.

Auch die SPD-Fraktion lehnt eine Änderung ab und schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung an. Sie ist der Meinung, dass der Bekanntheitsgrad der neuen Straßennamen im Laufe der Zeit wächst und man sich daran gewöhnen wird.

Ratsherr Pruin (Grüne) hält die Anregung, die Straße im gesamten Baugebiet „Im Pflingsterfeld“ zu benennen, für sinnvoll, da diese Bezeichnung dort gebräuchlich ist und dem Lebensgefühl der Menschen in Monheim-Blee entspricht. Er ist dafür, der Anregung zu folgen.

Die Anregung wird bei einer Stimme dafür (Grüne) mit 38 Stimmen (BM, 19 CDU, 12 SPD, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) abgelehnt.

Ö 5. 2004/0031 Neufassung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Monheim am Rhein'

Aus der SPD-Fraktion wird auf die Vorberatung im Fachausschuss verwiesen. Aufgrund ihrer Anregung sei der § 12 geändert worden, allerdings habe sich bei den Gebühren nichts geändert. Deshalb bleibe sie bei ihrer ablehnenden Haltung.

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass die Bürger an Anliegerstraßen von einer Erhöhung von 50 % betroffen werden. Sie stellt die Frage, ob die Anpassung der Satzung an die Mustersatzung zum jetzigen Zeitpunkt zwingend erforderlich ist und verweist auf die Umfrage, wonach die Nachbargemeinden eine Anpassung noch nicht vorgenommen haben.

Die Verwaltung verweist auf die Fehlbeträge im Haushalt und ihre Verpflichtung zur vollständigen Ausschöpfung der Einnahmequellen. Zum anderen sei eine Anpassung an die geltende Rechtsprechung erforderlich. Sie erläutert nochmals den in der Vorlage beschriebenen Sachverhalt.

Aus der CDU-Fraktion kommt die Frage, ob vor Beginn von Straßenbaumaßnahmen eine Bürgerbeteiligung sichergestellt sei, in der auch die Kostenfrage erläutert werde.

Dies wird von der Verwaltung bejaht. Die jeweilige Planung werde den Bürgern vorgestellt und auch auf die Beitragspflicht hingewiesen. Nach Ausschreibung einer Maßnahme ergehe dann an die Anlieger noch eine Information verbunden mit einer Ankündigung der Veranlagung zur Leistung einer Vorauszahlung.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion hält eine Diskussion in einem größeren Zusammenhang für erforderlich. Es sei wichtig zu wissen, welche Straßen insgesamt in der Zukunft zur Erneuerung anstehen, damit die Bürger sich darauf einstellen können. Insoweit sehe sie die Notwendigkeit zur Änderung der Satzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Für die SPD-Fraktion seien mehr Fragen aufgetaucht als beantwortet worden seien.

Beschluss

Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Monheim am Rhein“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)
dagegen: 12 Stimmen (SPD)
Enthaltung 1 Stimme (F.D.P.)

Ö 6. 2004/0030 Neufassung der Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein

Die SPD-Fraktion begrüßt die nach der Diskussion im Fachausschuss von der Verwaltung vorgenommene Überarbeitung der Satzung hinsichtlich der Gebühren für ein Kindergrab. Sie hält diese Gebühr jedoch immer noch für zu hoch und beantragt, die Gesamtgebühr von 951 € auf 900 € zu senken. Damit liege die Stadt im Vergleich mit den Nachbargemeinden im Mittelfeld und aufgrund der geringen Fallzahl sei auch keine Neuberechnung der Gebühren erforderlich.

Auch die CDU-Fraktion plädiert für eine Absenkung der Gebühr für ein Kindergrab auf 900 €. Wenn die Stadt auch im Vergleich mit den Nachbargemeinden bei den Gebühren sehr hoch liege, müsse die Kalkulation der Verwaltung anerkannt werden. Der Ausfall bei den Gebühren für ein Kindergrab sei jedoch nicht so groß, da es sich um drei bis vier Fälle pro Jahr handele. Die Verwaltung bestätigt auf Anfrage, dass die Gebührenhöhe nach den von der Stadt zu erbringenden Leistungen ermittelt wurde und weitere Einsparpotentiale nicht vorhanden sind.

Beschluss

Die Neufassung der Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung mit folgender Änderung beschlossen:
Unter II, Ziff. 5 Erdbestattung in einem Kindergrab wird der Betrag auf 549 € festgesetzt.
Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 7. 2004/0008 Satzung über eine Veränderungssperre gemäß §§ 14 und 16 BauGB für das Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 91 M (westlich Am Wald) für den Bereich Opladener Straße, Am Wald, östliche Grenze der Grundstücke Marderstraße 2 - 4, Knipprather Wald, westliche Grenze Bebauungsplan Nr. 30 M

Beschluss

1. Die Veränderungssperre für das Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 91 M (westlich Am Wald) für den Bereich Opladener Straße, Am Wald, östliche Grenze

der Grundstücke Marderstraße 2-4, Knipprather Wald, westliche Grenze Bebauungsplan Nr. 30 M, wird entsprechend des Satzungsentwurfes gem. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

2. Die Satzung ist öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 8. 2004/0001 **Bebauungsplan Nr. 99 M (Gewerbegebiet "Am Kielsgraben")
- Satzung über eine Veränderungssperre gemäß §§ 14 und 16
BauGB für den westlichen Teilbereich des in Aufstellung
befindlichen Bebauungsplanes Nr. 99 M**

Beschluss

1. Gem. § 16 Abs.1 BauGB wird für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 99 M eine Veränderungssperre als Satzung beschlossen.
2. Die Satzung ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 2004/0006 **Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss**

Der Sprecher der Fraktion Die Grünen beschreibt nochmals die bereits im Fachausschuss bezogene Position seiner Fraktion. Ziel müsse sein, den zz. noch vorhandenen alten, das Stadtbild maßgeblich mit prägende Baumbestand zu erhalten. Dies sei nur möglich, wenn der Schutz der Bäume im Bebauungsplan festgeschrieben werde. Deshalb beantrage die Fraktion Die Grünen, die Baugrenzen in diesem Baugebiet so neu festzulegen, dass keiner der zz. dort noch vorhandenen Bäume an den Grenzen der Baugrundstücke gerodet werden müsse. Andernfalls werde diese Entscheidung den späteren Eigentümern der Baugrundstücke überlassen. Neuüberlegungen könnten im Übrigen zu einer fantasievolleren Planung führen.

Die SPD-Fraktion verweist auf ihre bisherige ablehnende Haltung zu diesem Bebauungsplan. Wenn auch ihren Forderungen hinsichtlich des Spielplatzes weitgehend nachgekommen worden sei, gebe es jetzt aufgrund der Baumfällungen in diesem Gebiet so viele negative Stimmen, dass die SPD-Fraktion bei ihrer Ablehnung bleibe. Sie unterstütze den Antrag der Fraktion Die Grünen, das Plankonzept nochmals neu zu überdenken und unter Berücksichtigung der in der Zukunftswerkstatt diskutierten Anregungen zu einer verbesserten Planung zu kommen.

Auf Wunsch der CDU-Fraktion erläutert die Verwaltung, welche Bäume im Plangebiet noch vorhanden sind. Die CDU-Fraktion hält die im Fachausschuss erzielte Einigung hinsichtlich der Bäume für ausreichend und verweist auf das ordnungsgemäß durchgeführte

Bebauungsplanverfahren. Sie hält es für erstaunlich, dass jetzt beim Satzungsbeschluss noch Veränderungsanträge gestellt werden und verweist im Übrigen darauf, dass die anfallenden Ausgleichsmaßnahmen über das Ökopunktekonto am Steinacker erfolgen. Sie ist dafür, heute den Satzungsbeschluss zu fassen.

Aus der Fraktion Die Grünen wird bemerkt, dass man nicht auf die Eigenverantwortlichkeit der späteren Grundstückseigentümer setzen, sondern alle rechtlichen Mittel zur Erhaltung der Bäume nutzen sollte. Dies könne man mit entsprechenden Festsetzungen im Bebauungsplan, auch wenn man nicht bereit sei, die Baugrenzen zu verändern.

Auf die Frage aus der Fraktion Die Grünen nach dem Status der Ausgleichsfläche Steinacker teilt die Verwaltung mit, dass die Aufträge erteilt sind und die Anpflanzungen in diesem Frühjahr erfolgen werden.

Der Bürgermeister lässt über den Antrag der Fraktion Die Grünen abstimmen, den Bebauungsplanentwurf nochmals an die Verwaltung zurückzuverweisen mit dem Auftrag, die im Plangebiet noch vorhandenen Bäume nach den planungsrechtlichen Möglichkeiten zu schützen. Der Antrag wird bei 18 Stimmen dafür (12 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM) mit 21 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 F.D.P.) abgelehnt.

Beschluss

3. Die Anregungen, wie sie in Anlage 5 zur Drucksache aufgeführt sind, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 6 zur Drucksache behandelt.
4. Der Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 23 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen: 15 Stimmen (12 SPD, 3 Grüne)
Enthaltung: 1 Stimme (MBM)

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19:02 Uhr

Keine Wortmeldungen.

Ende: 19:02 Uhr

Ö 10. 2004/0012 Bebauungsplan Nr. 30 M (Am Wald) - 1. Änderung - Behandlung der Anregungen - Satzungsbeschluss

Aus der CDU-Fraktion kommt die Frage, ob die Verwaltung dem vorliegenden Antrag auf Errichtung eines Getränkemarktes jetzt zustimmen wird. Der Bürgermeister antwortet, dass nach

den Erklärungen der IHK und der Bezirksregierung ein solcher Getränkemarkt als nicht zentrenrelevant einzustufen sei und die Untere Bauaufsichtsbehörde einen entsprechenden Bauantrag positiv bescheiden werde. Gleichwohl werde im Plangebiet zentrenrelevanter Einzelhandel darüber hinaus ausgeschlossen.

Er verweist auf die Aussage in der Vorlage, dass es bei Etablierung des Getränkemarktes zu einer Verschärfung der bereits jetzt stark angespannten verkehrlichen Situation im Kreuzungsbereich Opladener Straße/Am Wald kommen kann.

Beschluss

5. Die Anregungen, wie sie in Anlage 5 zur Drucksache aufgeführt sind, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 6 zur Drucksache behandelt.
6. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30M (Am Wald) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 37 Stimmen (BM, 19 CDU, 12 SPD, 3 Grüne, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen: 2 Stimmen (Peto)

Ö 11. 2004/0021 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung - Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt - Teilerschließung 98 M 1. Änderung (Robert-Koch-Straße)

Die SPD-Fraktion bittet um Erläuterungen zum Deckungsvorschlag der Verwaltung. Die Verwaltung berichtet, dass die Ausschreibungsergebnisse für die Ausgleichsfläche Steinacker günstiger als angenommen waren. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass diese Gelder, die aus Ausgleichszahlungen von Bürgern im Rahmen der Baumschutzsatzung resultieren, für weitere Grünanpflanzungen verwendet werden müssten.

Die Verwaltung macht deutlich, dass aus städtischen Mitteln 120 000 € für die Maßnahme Steinacker zur Verfügung gestellt wurden und die Deckung aus diesen Mitteln erfolgt. Sie sagt zu, auf Wunsch der SPD-Fraktion im nächsten Fachausschuss nochmals grundlegende Erläuterungen zur Maßnahme Steinacker zu geben.

Beschluss

Die vom Bürgermeister Herrn Dr. Thomas Dünchheim und vom Ratsmitglied Herrn Dr. Ulrich Müller getroffene dringliche Entscheidung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 27 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
Enthaltung 12 Stimmen (SPD)

Ö 12. 2004/0022 Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt für die Kanalbaumaßnahme Frohnkamp zwischen Lindenstraße und Am Steg/Knipprather Straße

Beschluss

1. Gem. § 82 GO NW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 7000.9600.01 in der Höhe von 21.000,00 Euro erteilt.
2. Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstelle 6100.9500.40 – Ausgleichsfläche Steinacker – (Haushaltsausgabereste) herangezogen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 13. 2004/0019 Public-Private-Partnership - Sanierung - Unterhaltung - Bewirtschaftung der Schulgebäude und der Turn-/Sporthallen -Einrichtung des Vertragsbeirates / Bestellung der städtischen Vertretung -Bestellung des/der Vertragsbeauftragten ("Quasigeschäftsführung")

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist auf die im interfraktionellen Gespräch getroffenen Absprachen zu dieser Angelegenheit. Es wurde Einverständnis darüber erzielt, dass von den sechs von der Stadt für den Vertragsbeirat zu benennenden Personen zwei von der Verwaltung benannt werden und vier Sitze vom Rat besetzt werden.

Die CDU-Fraktion betont, dass im interfraktionellen Gespräch abgesprochen wurde, dass alle Fraktionen, auch die kleineren, im Vertragsbeirat vertreten sein sollten.
Sie macht für die Besetzung folgenden Vorschlag:

Mitglied	Vertreter
Markus Gronauer	Bruno Kosmala
Marion Prondzinsky	Dr. Ulrich Müller
Holger Radenbach	Florian Große-Allermann

Vorsitz: Marion Prondzinsky

Aus der Fraktion Die Grünen werden Fragen zu den Aufgaben des Vertragsbeirates, zur Dauer der Mitgliedschaft und zu Entschädigungszahlungen gestellt. Der Bürgermeister erläutert hierzu die im Vertrag enthaltenen Regelungen und betont, dass das Gremium, wie alle anderen Gremien auch, nach der Wahl neu zu besetzen ist und dass Zahlungen an die Beiratsmitglieder und den Quasi-Geschäftsführer nicht vorgesehen sind.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bittet im Protokoll festzuhalten, dass die Wahlzeit der heute zu benennenden Mitglieder des Vertragsbeirates mit dem Ende der Wahlperiode des Rates endet.
Sie macht für die Besetzung folgenden Vorschlag:

Mitglied
Wally Hengsberger

Vertreter
Helmut Nieswand

stellv. Vorsitz: Wally Hengsberger

Sie verweist auf die Absprache im interfraktionellen Gespräch, die vier vom Rat zu benennenden Personen entsprechend der Fraktionsstärken aufzuteilen, und zwar 2 CDU, 1 SPD, 1 aus den kleinen Fraktionen. Verwundert äußert sie sich darüber, dass die CDU-Fraktion jetzt vorschlägt, wer Vertreter der kleinen Fraktionen sein soll. Sie stellt die Frage an die Fraktionen der Grünen, der Peto und der MBM/F.D.P. ob dieser Personenvorschlag von ihnen gemeinsam erarbeitet wurde. Anlass für diese Frage sei der heute erschienene Artikel in der Westdeutschen Zeitung. Sie hoffe nicht, dass der nach diesem Presseartikel gewonnene Eindruck richtig sei, durch diesen Wahlvorschlag solle Wohlverhalten der Peto in der Vergangenheit oder Zukunft belohnt werden. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sei es das nach der Absprache im interfraktionellen Gespräch übliche Verfahren, dass die kleinen Fraktionen ihren Vertreter selbst vorschlagen.

Hieran schließt sich eine rund einstündige Debatte an.

Der Bürgermeister gibt den Hinweis, dass aufgrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig vom 11.12.2003 bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien Listenverbindungen von Fraktionen unzulässig sind. Wenn kein einheitlicher Wahlvorschlag vorliege, sei das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren anzuwenden. Danach entfielen bei vier zu besetzenden Sitzen 3 an die CDU und 1 an die SPD; die kleinen Fraktionen kämen nicht zum Zuge. Im Vorgriff darauf, habe die CDU-Fraktion einen Vertreter der kleinen Fraktionen auf ihre Liste genommen.

Der Vertreter der MBM/F.D.P. macht deutlich, dass es heute nicht um Listenverbindungen gehe, sondern darum, eine Vereinbarung des interfraktionellen Gesprächs umzusetzen. Dort sei zwischen den Fraktionen vereinbart worden, dass ein Sitz des Beirats durch einen Vertreter der kleinen Fraktionen besetzt werden solle. Insofern sei verwunderlich, dass dieser Besetzungsvorschlag jetzt nicht von den kleinen Fraktionen komme, sondern von der CDU-Fraktion. Er zitiert aus dem Artikel der Westdeutschen Zeitung und zeigt sich verwundert darüber, dass offensichtlich nicht Fragen der fachlichen Qualifikation oder sachliche Gesichtspunkte zu diesem Wahlvorschlag geführt hätten, sondern es gehe wohl um die Belohnung für das Wohlverhalten der Fraktion Peto in der Schulstandortdiskussion Sandberg/Berliner Platz. Es wäre besser gewesen, wenn die kleinen Fraktionen sich untereinander hätten einigen können und ihren Vorschlag heute gemacht hätten. Da aus seiner Fraktion jedoch niemand Interesse an einer Kampfkandidatur habe, könne es bei dem Personenvorschlag bleiben. Zu kritisieren sei das Verfahren und es bleibe zu hoffen, dass zukünftige Besetzungen von Gremien in einer offenen Diskussion nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Die Fraktion Die Grünen kritisiert ebenfalls das Verfahren und verweist auf die bisherige gute Handhabung bei der Besetzung von Gremien und die Berücksichtigung der kleinen Fraktionen. Es sei schon merkwürdig, wenn in diesem Fall die betroffenen kleinen Fraktionen aus der Presse erfahren, wer ihr Vertreter in diesem Beirat werden solle. Eine Absprache der kleinen Fraktionen sei nicht erfolgt. Im Übrigen trage die Fraktion Die Grünen das PPP-Projekt aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mit. Wesentliche Bestandteile des Haushalts und Mitwirkungsmöglichkeiten des Schulausschusses würden in ein Gremium verlagert, das ohne Beteiligung der Schulen nichtöffentlich tage und damit der öffentlichen Kontrolle entzogen werde.

Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass ihr nach d'Hondt drei Sitze im Beirat zustehen und sie davon einen zugunsten der kleinen Fraktionen abgebe. Sie halte dies für einen demokratischen und richtigen Weg. Durch ihren Personenvorschlag werde nicht Wohlverhalten belohnt, sondern eine Gruppe einbezogen, die „nah an der Schule dran“ sei und sich aus ihrem eigenen Erleben der Schullandschaft in die zukünftigen Beratungen des Beirats einbringen könne. Im Übrigen habe es in der vergangenen Woche hierzu Sondierungsgespräche gegeben.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass sie in keiner Weise Probleme damit habe, die vorgeschlagenen Personen der Peto zu wählen. Zu kritisieren sei das Verfahren. Sie verweist auf die Einigung im interfraktionellen Gespräch. Da auch in der Vorlage der Verwaltung keinerlei Hinweis zu finden sei, dass diese Einigung nicht mehr gelte, sei das heutige Verfahren zu kritisieren. Sie stellt die Frage, ob die Benennung von Nicht-Ratsmitgliedern zulässig ist. Dies wird vom Bürgermeister unter Hinweis auf die Vertragsregelungen bejaht.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P. ruft die Absprache im interfraktionellen Gespräch in Erinnerung und ist der Meinung, dass bei einer Änderung der dort getroffenen Einigung zumindest eine Information der übrigen Fraktionen hätte erfolgen müssen. Dass selbst die Fraktion Peto davon ausgegangen sei, dass der CDU-Vorschlag mit den übrigen Fraktionen abgesprochen sei, sei schon ein sehr merkwürdiger Vorgang.

Der Vorsitzende der Fraktion Peto stellt klar, dass seine Fraktion weder in der Vergangenheit käuflich war noch sich zukünftig werde kaufen lassen. Auch werde dieser ihr von der CDU überlassene Sitz im Beirat keinerlei Einfluss auf ihre Entscheidungen in der Zukunft haben. Dieser Eindruck sei völlig lächerlich und werde nachdrücklich zurückgewiesen. Nach der letzten Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirats sei er von der CDU-Fraktion gefragt worden, ob die Peto Interesse habe, den dritten Sitz im Beirat, der eigentlich der CDU zustehe, anzunehmen. Ihm sei zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt gewesen, dass es im interfraktionellen Gespräch, an dem er aus Krankheitsgründen nicht teilgenommen habe, eine Absprache zur Besetzung des Beirats gab. Auch sei er völlig überrascht davon, dass die anderen Fraktionen von diesem Vorschlag der CDU-Fraktion nichts gewusst haben.

Nachdem der Vertreter der MBM/F.D.P. nochmals deutlich gemacht hat, dass der Rat bei einer Einigung über die Besetzung eines Gremiums nicht an das ansonsten vorgeschriebene Höchstzahlverfahren nach d'Hondt gebunden ist, verliert die Verwaltung die Bestimmung des § 50 Abs. 3 der Gemeindeordnung und gibt Hinweise über das Wahlverfahren nach d'Hondt.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion sich der Stimme enthalten werde, um ein weiteres Procedere zu ersparen. Richtig finde sie allerdings das Verfahren nicht.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim stellt nunmehr die Vorschläge der CDU- Fraktion und der SPD-Fraktion als einheitlichen Wahlvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

1.

Als Vertreter der Stadt werden folgende Personen der Stadt in den Vertragsbeirat entsandt:

Beiratsmitglied		Persönliche Vertretung	
Markus Gronauer	R (CDU)	Bruno Kosmala	sB (CDU)
Marion Prondzinsky	R (CDU)	Dr. Ulrich Müller	R (CDU)
Holger Radenbach	sB (Peto)	Florian Große-Allermann	sB (Peto)

Wally Hengsberger	R (SPD)	Helmut Nieswand	R SPD
Kurt Peters	Verwaltung	Georg Thomanek	Verwaltung
Frank Sauer	Verwaltung	Kurt Hundenborn	Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

dafür: 37 Stimmen (BM, 20 CDU, 12 SPD, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
 Enthaltung 3 Stimmen (Grüne)

2.

Für den Vorsitz im Beirat wird bestimmt Marion Prondzinsky
 Für die Vertretung wird bestimmt Wally Hengsberger

3.

Zum städtischen Vertragsbeauftragten („Quasigeschäftsführer“) wird für die Dauer von 2 Jahren Herr Uwe Trost bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Aus der CDU-Fraktion wird der Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung für eine Pause gestellt. Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung von 20:12 bis 20:28 Uhr.

Ö 14. 2004/0023 Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung 2004, des Haushaltsbuchs 2004 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2004 - 2007

Die Reden zur Einbringung des Haushalts 2004 sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift; sie wurden den Ratsmitgliedern bereits gesondert zugestellt.

Beschluss

Die Verwaltungsentwürfe der Haushaltssatzung 2004, des Haushaltsbuchs 2004 und des Investitionsprogramms 2004 – 2007 werden zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 2004/0027 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 10.02.2004 "Übersicht Monheimer Einzelhändler"

Die Fraktion MBM/F.D.P. begründet ihren Antrag. Sie hält es für wichtig, Wirtschaftsförderung nicht nur mit Blick auf Gewerbeansiedlungen zu betreiben, sondern auch den Einzelhandel einzubeziehen, um die Wohnqualität der Einwohner durch ein verbessertes Einzelhandelssortiment zu erhöhen.

Der Bürgermeister betont, dass es ein Leerstandskataster für die Einkaufszentren Ernst-Reuter-Platz und Rathaus-Center gibt, für die übrigen Einkaufsbereiche jedoch noch nicht. Die

Erstellung einer Übersicht über alle örtlichen Einzelhändler mit Sortimentsübersicht durch die Verwaltung sei grundsätzlich möglich, bedürfe jedoch eines zeitlichen Aufwands.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Intention des Antrags, hält es jedoch für erforderlich, zunächst insbesondere die zu berücksichtigenden rechtlichen Aspekte zu prüfen. Sie hält es für unerlässlich, zunächst zu prüfen, ob die im Antrag geforderten Datenerhebungen und ihre Verwendung rechtlich zulässig sind. Daneben sei wichtig, alle Maßnahmen im Konsens mit den betroffenen Eigentümern und unter Einbeziehung der Einzelhandelsorganisationen abzuwickeln. Außerdem müsse Klarheit darüber bestehen, welche Daten für ein Leerstandskataster erhoben werden sollen, da die bloße Erfassung nicht ausreichend sein könne. Weiter müsse geklärt werden, wie die Daten erhoben, verwendet und insbesondere dann auch kontinuierlich gepflegt werden sollen. Die CDU-Fraktion halte es für unerlässlich, zunächst all diese Fragen zu klären, bevor die Verwaltung mit der Erstellung des geforderten Leerstandskatasters und den Sortimentsübersichten beginne.

Die SPD-Fraktion betont, dass auch sie gegen die Intention des Antrags nichts einzuwenden habe. Allerdings sei die Frage zu stellen, welche Einwirkungsmöglichkeiten die Wirtschaftsförderung überhaupt in diesem Bereich habe. Nach den leidvollen Erfahrungen der letzten Jahre dürfe man allzu große Hoffnungen und Illusionen nicht wecken. Vor diesem Hintergrund und dem soeben eingebrachten Haushalts müsse darüber hinaus der Aufwand für die Arbeit überlegt werden.

Die Fraktion Die Grünen unterstreicht die von der CDU-Fraktion vorgebrachten Bedenken. Sie hält im Übrigen die im Antrag geforderten Erhebungen für keine Aufgabe der Stadt. Nach ihrer Meinung müssten die örtlichen Einzelhändler an einen Tisch geholt werden. Vielen sei nicht klar, wie sich das Einkaufsverhalten der Bürger geändert habe und weiter verändern werde. Die Stadt könne hier nur eine Moderatorfunktion einnehmen und versuchen einzuwirken, damit ein gutes Warensortiment wieder mehr Käufer anziehe.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim macht den Vorschlag, dass die Verwaltung den Antrag mit den heute vorgetragenen Prüfaufträgen aufnimmt und in einer der nächsten Fachausschusssitzungen eine Vorlage zum Thema vorlegt. Mit diesem Verfahrensvorschlag ist der Rat bei einer Stimmenthaltung einverstanden.

Ö 16. 2004/0079 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2004 "Rheinstadion"

Die CDU-Fraktion verweist auf ihren im Sommer letzten Jahres beschlossenen Antrag zur Planung der Erneuerung und Erweiterung des Rheinstadions. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung diese Planung in Kürze vorlege. Vor dem Hintergrund von Wachstumszeiten, z.B. für die Raseneinsaat und der Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit bestimmter Arbeiten beantrage die CDU-Fraktion heute, alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, die für die Realisierung notwendig seien.

Die SPD-Fraktion sieht keine Notwendigkeit für diesen Antrag. Sie verweist darauf, dass die Verwaltung den Auftrag habe, eine mit den Vereinen abgestimmte Planung vorzulegen. Erst dann könne der eigentliche Beschluss zur Durchführung der Maßnahme erfolgen. Mit dem Antrag solle der zweite Schritt vor dem ersten getan werden, wahrscheinlich wegen des am 01. März beginnenden Vogelbrutschutzes.

Auch die Fraktion Die Grünen lehnt den Antrag ab und verweist ebenfalls auf die Beschlusslage. Sie widerspricht dem Argument, dass Arbeiten nur zu bestimmten Jahreszeiten möglich seien; Raseneinsaaten seien abhängig von der Witterung das ganze Jahr über möglich. Sie stellt fest, dass es wahrscheinlich um die Baumfällungen gehe. Dazu sei jedoch festzustellen, dass am nördlichen Rand des Gebietes die Bäume bereits entfernt wurden und am südlichen Ende zwischen Reitstall und Fußballplatz werde zz. kräftig geholt. Insofern stelle sich die Frage, welchen Grund dieser Antrag habe.

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. wird ebenfalls Unverständnis über diesen Antrag geäußert, da der eigentliche Beschluss zur Durchführung der Maßnahme überhaupt noch nicht gefasst sei.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2004, im Zuge der Neugestaltung und Verlegung des Rheinstadions alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, die zur Realisierung der Verlegung notwendig sind, wird mit den Stimmen des Bürgermeisters und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen.

**Ö 17. 2004/0085 Antrag der SPD-Fraktion
"Sudhaus der Monheimer Brauerei und Wohngebäude
Krummstraße 28 und 32 - Denkmalschutz"**

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, das Sudhaus der Monheimer Brauerei und die beiden Villen an der Krummstraße 28 und 32 zu erhalten und evtl. unter Denkmalschutz zu stellen. Dieses Ensemble ist stadtbildprägend und erhaltenswert.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim teilt mit, dass die Untere Denkmalbehörde dies ähnlich sieht und bereits entsprechende Prüfungen eingeleitet hat. Er verstehe den Antrag so, dass die Denkmalbehörde ihr Entscheidungsermessen entsprechend ausüben möge. Er sagt zu, dass im Fachausschuss baldmöglichst berichtet werde.

Aus der CDU-Fraktion wird dem Antrag zugestimmt mit der Frage, ob die beiden Häuser an der Krummstraße nicht bereits in der Denkmalliste enthalten sind.

Der Bürgermeister kann dies nicht beantworten, teilt jedoch mit, dass Turm und Sudhaus der Brauerei, die um 1890 entstanden seien und prägende Bedeutung für die Stadt hätten, nicht unter Denkmalschutz stehen, insoweit gehe der Antrag in die richtige Richtung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion gibt zu bedenken, dass man mit dieser Maßnahme in Privateigentum eingreife und zunächst überprüfen sollte, ob man hier nicht eine Art kalte Enteignung vollziehe.

Der Bürgermeister bemerkt hierzu, dass diese Abwägungsentscheidung durch die Denkmalbehörde getroffen werde. Wenn eine Unterschutzstellung erfolge, habe das Privateigentum entsprechende Konsequenzen zu ziehen; in diesem Falle habe das Gemeinwohl Vorrang.

Aus der CDU-Fraktion wird die Meinung vertreten, dass der Rat mit diesem Beschluss leichtfertig mit Privateigentum umgehe. Die Unterschutzstellung sei ein gewaltiger Eingriff in das Privateigentum und ziehe schwere Beeinträchtigungen für die Eigentümer nach sich. Wenn

schon die Denkmalbehörde sich damit von Amts wegen befasse, müsse der Rat dies nicht zusätzlich fördern.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Untere und die Obere Denkmalbehörde die Prüfung der Angelegenheit völlig unabhängig durchführen. Insoweit könne der beantragte Beschluss des Rates lediglich als Hinweis oder Anregung bewertet werden. Auch die Entscheidung werde völlig unabhängig von Fragen der Politik allein unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten getroffen.

Die SPD-Fraktion betont, dass die Gebäude das Bild der Stadt prägen und ein Stück Geschichte sind. Aufgrund der allseits bekannten Äußerungen in der Presse zu einer späteren Verwendung des Brauereigeländes halte sie diesen Prüfauftrag für angemessen.

Der Antrag wird mit 35 Stimmen (BM, 15 CDU, 12 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) bei 2 Gegenstimmen (CDU) und 2 Enthaltungen (CDU) angenommen.

**Ö 18. 2004/0086 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.02.2004
"Zieldifferenzierte integrative Beschulung in der Sekundarstufe"**

Die Fraktion Die Grünen hat folgende schriftliche Anfrage nach Festsetzung der Tagesordnung gestellt:

Hat die Stadt Monheim am Rhein beim Land bzw. bei der Bezirksregierung eine Genehmigung zur zieldifferenzierten integrativen Beschulung in der Sekundarstufe gestellt und besteht Aussicht, dass diesem Antrag entsprochen wird?

Welche notwendigen räumlichen und sächlichen Voraussetzungen hat die Stadt Monheim am Rhein geschaffen bzw. sollen noch geschaffen werden?

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der Vorgriffserlass zum Schulrechtsänderungsgesetz NW ermöglicht die Fortführung des seinerzeit gestoppten Schulversuches eines gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Kindern (GU) in der Sekundarstufe I. Er eröffnet auch die Möglichkeit eines Neuzuganges von Schulen zum kommenden Schuljahr 2004/05 und knüpft daran die Bedingung, dass die personellen und sächlichen Voraussetzungen seitens des Schulträgers gegeben sind. Über den Antrag des Schulträgers ist gem. § 8 SchVG ein Ratsbeschluss auf Grundlage des Votums der Schulkonferenz herbeizuführen. Die Zusammensetzung der GU-Klasse sieht mindestens 5 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf vor.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 3.4.2003 in einer Resolution an die Landesregierung NW die integrative Beschulung ab Sekundarstufe I eingefordert und die Bereitschaft zur Realisierung im Monheimer Schulbereich unter bestimmten Voraussetzungen erklärt. Ein konkreter Antrag auf Teilnahme einer Monheimer Sekundarschule zur Einrichtung eines gemeinsamen Unterrichts wurde bisher aus folgenden Gründen nicht gestellt:

Zwar stellt sich durch die neue Richtlinie rein rechnerisch bei günstiger Gruppenstruktur (mindestens 5 Kinder) eine nahezu ausreichende Versorgung mit sonderpädagogischen Lehrerwochenstunden dar. Allerdings ist nach wie vor die Finanzierung des unverzichtbaren – und deshalb auch die Bereitstellung durch das Land seinerzeit als Grundvoraussetzung in die Resolution aufgenommen - nichtschulischen Personals (Zivildienstleistende u.ä.) Sache des Schulträgers. An weiterführenden Schulen muss für jede GU-Klasse mindestens eine Kraft

eingesetzt werden (Beispiel Langenfeld: 7 Zivis für 6 Klassen). Für einen Zivildienstleistenden mit 32 Stunden werden derzeit 14.000 € jährlich in Rechnung gestellt.

Zum Ende des laufenden Schuljahres werden aus der GU-Klasse der Alexander-von-Humboldt-Schule vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Primarbereich) entlassen. Zwei Kinder wechseln auf eine allgemeine weiterführende Schule. Ein Kind besucht die Sonderschule für Lernbehinderte (Comeniuschule), ein Kind eine Sonderschule für Körperbehinderte. Für die beiden letztgenannten Kinder käme ggf. der GU in der Sekundarstufe I in Frage. Damit allein wäre eine GU-Klasse nicht betriebs- und damit auch nicht genehmigungsfähig.

Nach neuer Erlasserlage ist eine Einrichtung von sonderpädagogischen Fördergruppen als Alternative zu GU-Klassen nicht mehr möglich.

Nach Zusatzfragen aus der Fraktion Die Grünen macht die Verwaltung weitere Ausführungen. Der Bürgermeister sagt zu, dass die Angelegenheit im Fachausschuss thematisiert wird.

Ö 19. Mündliche Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

Ö 20. Mündliche Anfragen

Ö 20.1 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Stamm (Grüne) Kiosk in der Unterführung Heinestraße

Ratsfrau Stamm fragt nach dem Sachstand.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim bezieht sich auf seine diesbezügliche Mitteilung in der Ratssitzung vom 06.11.2003. Nach den Verhandlungen mit dem Straßenbaubetrieb sei die Architektin beauftragt worden, optimierte Plankonzepte vorzulegen; die Planungen seien zz. in vollem Gange. Es zeichne sich ab, dass dort ein demontierbarer Kiosk installiert werden könne, dessen Kosten sich im vorgegebenen Rahmen bewegen.

Ö 20.2 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Stamm (Grüne) Hinweistafeln

Ratsfrau Stamm bezieht sich auf Überlegungen, im Hinblick auf kulturelle Ereignisse ein Konzept zur Aufstellung von Hinweistafeln im Stadtgebiet zu entwickeln. Hierbei sollte der Marke Monheim e.V. als Motor fungieren. Sie bittet um einen Sachstandsbericht und fragt nach, welche Bereiche durch dieses Konzept erfasst werden, z.B. auch das Berliner Viertel.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Marke Monheim e.V. zz. mit zwei Aufträgen befasst sei. Zum einen mit der Neubeschilderung von Straßen in der Altstadt, zum anderen, gemeinsam mit dem Heimatbund Schritt für Schritt historische Gebäude mit neuen Schildern zu versehen. Es bleibe abzuwarten, ob der von der Sparkassenstiftung hierfür bereitgestellte Zuschuss von 5.000 € ausreiche.

Ö 20.3 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne)**
Tarifierfassung mona mare

Rats Herr Pruin fragt an, ob die im Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 17.12.2003 angekündigten Tarifierfassungen zum 15.02.2004 umgesetzt wurden. Der Bürgermeister bejaht dies. Zu den Tarifierfassungen im Saunabereich verweist er auf den Ratsbeschluss, dies erst nach Abschluss der Neugestaltung der Sauna und einer angemessenen Vorlaufzeit zu tun.

Ö 20.4 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne)**
Bieräquator

Rats Herr Pruin bezieht sich auf die Presseartikel über den Verkauf der Monheimer Brauerei. Vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit kein Bier mehr in der Stadt gebraut werde, stelle sich die Frage, ob dann ein Bieräquator in der Altstadt noch Sinn mache. Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist darauf, dass zwischen einem Bieräquator und der Aufstellung eines historischen Brunnens zu unterscheiden ist. Es bleibe abzuwarten, ob es hierzu ein bürgerschaftliches Engagement gebe.

Ö 20.5 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Sander (SPD)**
Baumberger Wochenmarkt

Rats Herr Sander berichtet, dass die Baumberger Marktbesicker Unterschriften gegen die Verlegung des Wochenmarktes in das Einkaufszentrum Holzweg sammeln. Er fragt nach dem Hintergrund. Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist darauf, dass das Rechnungsprüfungsamt die zu geringen Gebühren des Baumberger Wochenmarktes bemängelt habe. Vor diesem Hintergrund seien mit den Marktbesickern Anhörungsgespräche geführt worden, wie man zu einem Standortwechsel in das EKZ Holzweg stehe. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, die dortigen Käuferströme nach der Ansiedlung von Aldi nutzen zu können. Die ablehnende Reaktion der Marktbesicker sei für die Verwaltung verblüffend gewesen. Welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien, müsse jetzt geprüft werden.

Ö 20.6 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schmidt (SPD)**
Bebauungsplan 59 M – Gewerbegebiet Alfred-Nobel-Straße

Rats Herr Schmidt bezieht sich auf eine Mitteilung der Stadtplanung im Rahmen der Diskussion um den Nahverkehrsplan, wonach auf dem Grundstück an der Alfred-Nobel-Straße gegenüber der Firma Bayer ein Gewerbepark mit 400 Arbeitsplätzen entstehen soll. Er fragt an, wie weit

hier die Gespräche gediehen sind, wie realistisch die Umsetzung ist und in welchem Zeitraum sie geschieht.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der bisherige Vorstand der Firma Bayer CropScience diese einstmals einmütig begonnene Planung seit der Neuorientierung des Gesamtkonzerns nicht fördernd begleitet habe. Seine Ablehnung habe er damit begründet, dass die Flächen als Forschungsflächen und künftige Expansionsflächen benötigt würden. Nach dem Wechsel im Vorstand der Firma Bayer CropScience zum 01.04.2004 hoffe er darauf, dass sich das Thema wieder neu beflügeln lasse.

Ratsherr Schmidt verweist auf ihm vorliegende Informationen der Firma Bayer CropScience, dass sie nicht daran denke, auf ihrem Gelände Gewerbe zuzulassen und dies auch der Stadt schriftlich mitgeteilt habe. Dies stehe im Widerspruch zu der Position der Verwaltung. Er ist der Meinung, dass dieser Umstand dem Rat hätte mitgeteilt werden müssen und fragt an, ob die Übersendung des Schreibens der Firma Bayer möglich ist.

Der Bürgermeister sagt ihm die Übersendung des erwähnten Schreibens sowie die Stellungnahme der Stadt hierzu zu. Er betont, dass die Stadt bei ihrem Planvorhaben bleibe, entweder mit der Firma Bayer oder im Umlegungsverfahren.

Ö 20.7 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Belger (SPD)**
Müllentsorgung im Berliner Viertel

Rats Herr Belger verweist auf weiterhin im Berliner Viertel bestehende Probleme, die ihren Grund in den nicht funktionierenden Schleusen an den Müllcontainern haben. Er ist der Meinung, dass die Weiterführung dieses Systems den Bürgern nicht mehr zumutbar ist, da sich gezeigt habe, dass es nicht funktioniere und die Bewohner des Berliner Viertels in ihrem eigenen Müll erstickten. Er habe den Eindruck, dass die Verwaltung die Augen vor diesen Problemen verschließe und untätig bleibe. Er fragt an, ob die Bewohner für eine Sache bezahlen müssen, die nachweisbar nicht funktioniere.

Der Bürgermeister betont, dass der Eindruck der Untätigkeit falsch sei, gesteht jedoch ein, dass Rats Herr Belger in weiten Teilen seiner Beschwerde Recht habe. Er verweist auf das noch anhängige gerichtliche Verfahren und die Hoffnung, die Probleme mit der Firma Rethmann im Verhandlungswege noch vor einem abschließenden Urteil halbwegs gütlich zu lösen. Er sagt Rats Herrn Belger zu, der Beschwerde nachzugehen und ihm eine schriftliche Stellungnahme zukommen zu lassen.

Ö 20.8 **Mündliche Anfrage der Rats Frau Knauer (SPD)**
Kreuzung Geschw.-Scholl-Straße/Hegelstraße

Rats Frau Knauer verweist auf Probleme, die sich durch die nicht standfeste provisorische Beschilderung an dieser Kreuzung ergeben. Sie fragt an, ob die Verwaltung diesen Bereich so absichern kann, dass Fußgänger und Autofahrer nicht gefährdet sind.

Der Bürgermeister sagt eine Prüfung zu.

Ö 20.9 **Mündliche Anfrage der Rats Frau Knauer (SPD)**
**Abholzungen auf dem Grundstück Wiener Neustädter
Straße/Borkott-Haus**

Ratsfrau Knauer bezieht sich auf derzeit stattfindende Rodungen auf dem unbebauten Grundstück an der Wiener Neustädter Straße am Gertrud-Borkott-Haus. Sie fragt nach den Hintergründen.

Der Bürgermeister antwortet, dass es sich hierbei wahrscheinlich um ein Grundstück der Firma Steffens handelt. Er sagt eine Prüfung der Angelegenheit und schriftliche Beantwortung der Frage zu.

**Ö 20.10 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Liebe (MBM/F.D.P.)
Waldfriedhof**

Ratsfrau Liebe bezieht sich auf ihr vorgetragene Beschwerden von Teilnehmern an Beerdigungen auf dem neuen Teil des Waldfriedhofs, die sich durch die Begegnung mit Joggern, Hundehaltern etc. auf dem öffentlichen Weg vom alten zum neuen Teil des Waldfriedhofs belästigt fühlen. Sie fragt an, ob die Verwaltung hier eine Lösungsmöglichkeit sieht.

Der Bürgermeister betont, dass dieses Problem zu Beginn der Wahlperiode Thema war und sagt Ratsfrau Liebe zu, ihr den Sachstand schriftlich mitzuteilen.

**Ö 20.11 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Liebe (MBM/F.D.P.)
Sachgebiet Grundsicherung**

Ratsfrau Liebe verweist auf eine ihr vorliegende Kopie einer Untätigkeitsbeschwerde vom 19.02.2004 einer 75jährigen Bürgerin, deren Antrag auf Grundsicherung seit 14 Monaten nicht bearbeitet wurde. Sie fragt an, ob der Bürgermeister dieser Angelegenheit nachgeht.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim berichtet, dass es im Sachgebiet Grundsicherung ein massives Mitarbeiterproblem gebe, das die Fachbereichsleitung umgehend lösen werde. Der erwähnten Beschwerde werde die Fachbereichsleiterin umgehend nachgehen.

**Ö 20.12 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Liebe (MBM/F.D.P.)
Verständliche Vorlagen**

Ratsfrau Liebe verweist auf persönliche Schwierigkeiten bei Sitzungsvorbereitungen. Sie fragt an, ob es der Verwaltung nicht möglich ist, in ihren Sachdarstellungen Sachverhalte so klar, deutlich und möglichst kurz darzustellen, dass auch Nichtfachleute sie verstehen. Bei der großen Menge der durchzuarbeitenden Unterlagen könne dies sehr hilfreich sein.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim sagt zu, dass die Verwaltung sich hierum bemühen wird.

**Ö 20.13 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)
Aufstellungsbeschluss 5. Änderung des Bebauungsplanes 1 B**

Ratsfrau Hengsberger bezieht sich auf die Diskussion und den Beschluss in der letzten Ratssitzung. Ihre Fraktion habe gegen die damals vorgelegte Tischvorlage Bedenken erhoben, ihr jedoch letztlich zugestimmt, da ja noch eine weitere Diskussion im Fachausschuss folgen

werde. Im Nachhinein müsse jetzt jedoch festgestellt werden, dass es besser gewesen wäre, in diesem Verfahren eine Bürgeranhörung zu beschließen. Sie verweist auf die Beschwerde von betroffenen Anliegern, denen von der Stadt die Errichtung von Stellplätzen im Planungsbereich genehmigt wurde. Nach Beginn der Bauarbeiten sei die Baustelle dann von der Stadt stillgelegt worden und jetzt solle die Änderung des Bebauungsplanes diese Errichtung von Stellplätzen verhindern. Die SPD-Fraktion halte es für erforderlich, die Angelegenheit grundsätzlich zu diskutieren.

Der Bürgermeister, bei dem sich ebenfalls Betroffene beschwert haben, schließt sich dieser Forderung an und sagt eine Behandlung des Themas in der nächsten Fachausschusssitzung zu.

Ö 20.14 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Odendahl (CDU) Jugendklub Baumberg

Ratsfrau Odendahl verweist auf den Auftrag des Jugendhilfeausschusses an die Verwaltung, hinsichtlich der vorgeschlagenen Übernahme des Jugendklubs Baumberg durch den SKFM/Kath. Kirche ein Konzept zu erarbeiten. Dieses Konzept sollte im März dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt und dann endgültig entschieden werden, ob die Trägerschaft übergeht oder nicht. Damit verbunden seien auch personelle Umsetzungen der Verwaltung, z.B. die Wiederbesetzung der Jugendpflegerstelle durch den Leiter des Hauses der Jugend und die Wiederbesetzung dieser Stelle im Haus der Jugend durch Mitarbeiter des Jugendklubs Baumberg.

Sie stellt folgende Fragen:

1. Ist es richtig,
 - dass die Schließung des Jugendklubs Baumberg unter städt. Trägerschaft bereits vorbereitet und angekündigt wurde?
 - dass die Abschlussfeier bereits angekündigt wird im Jugendklub Baumberg?
 - dass die Jahrespraktikantin entlassen worden ist?
 - dass die Öffnungszeiten eingeschränkt wurden?
2. Welche Person innerhalb der Verwaltung hat dies veranlasst?
3. Ist der von der kath. Kirche betriebenen TOT in Baumberg gesagt worden, dass auf keinem Fall Mittel mehr für die Betreuung dieser TOT im Rahmen der freien Jugendarbeit fließen werden?
4. Welche Person hat dies gesagt?

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Anfrage zu.

Ö 20.15 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Richrath (CDU) Tarife BSM

Ratsherr Richrath beklagt ein Informationsdefizit bei den Fahrern der BSM, denen nicht bekannt sei, dass beim Ticket „paid as your flight“ und der Bahn-Card 25 und 50 kein Ticket in den Bussen mehr gelöst werden müsse. Er fragt an, ob dieser Mangel zu beheben ist.

Der Bürgermeister sagt zu, diese Frage an die BSM weiterzuleiten.